

Der Wahrheit verpflichtet

Dafür steht die EDU

Zeitlose christliche Werte: ein solides Fundament

Die EDU politisiert auf der Basis biblischer Werte. Auf dieser Grundlage nehmen ihre Mitglieder Verantwortung gegenüber dem Schöpfer, der Gesellschaft, dem Staat und der Umwelt wahr. Wir betrachten die Zehn Gebote Gottes und das Evangelium von Jesus Christus als die beste Grundlage für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben in Staat und Gesellschaft.

Mit der Anrufung «Im Namen Gottes des Allmächtigen» in der Präambel zur Bundesverfassung bekennt sich auch die Schweiz zu diesen Wurzeln. Die EDU steht dafür ein, dass die christlichen Grundwerte in der Schweiz an Einfluss gewinnen und gleichzeitig zum Erhalt eines konfessionell neutralen, demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaates beitragen.

Schutz von Ehe und Familie: eine Investition in die Zukunft

Die Familie ist die kleinste natürliche Zelle unserer Gesellschaft. Sie ist zu schützen und wo immer möglich finanziell zu entlasten. Familienförderung ist eine der nachhaltigsten Investitionen in die Zukunft unseres Landes und muss in der Politik einen höheren Stellenwert erhalten. Nicht nur ist es im Interesse von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft, dass die viel zu tiefe Geburtenrate (ca. 1,5 Kinder pro Frau) in der Schweiz steigt. Intakte Familien, die junge Menschen lebensfähig machen, sparen den Staat auch sehr viel Geld.

Die EDU steht für ein positives Bekenntnis zur Ehe von Mann und Frau und zur Familie als erstrebenswerter Lebensform für junge Männer und Frauen. Der Trend, dass die Familiengründung junge Menschen in finanzielle Nöte treibt, muss gebrochen werden. Die traditionelle Familie und Einverdiener-Familienhaushalte sind den Familien, die von externer Kinderbetreuung profitieren, gleichzustellen – mit denselben Steuerabzügen und höheren Kinderzulagen.

Für das Leben – lebenslang

Das Leben ist das höchste Gut jedes Menschen. Es ist zu schützen – von der Zeugung bis zum natürlichen Tod. Die EDU sagt Ja zum Leben und Nein zu Abtreibung und aktiver Sterbehilfe. Wir lehnen den grenzenlosen Zugang zur Fortpflanzungsmedizin (Samen- und Eizellenspende, Leihmutterschaft sowie gentechnische Selektion) ab. Wir Menschen sollen wieder mehr Respekt vor der

Schöpfung und der Menschenwürde haben – statt immer neue Selbstverwirklichungs-Ansprüche zu entwickeln und «Gott spielen» zu wollen.

Wir müssen akzeptieren: Es gibt kein Recht darauf, zum gewünschten Zeitpunkt eine Organspende zu erhalten oder über das Leben anderer zu verfügen. Es gibt auch kein Recht, um jeden Preis – und in allen Lebensformen und -Situationen – ein Kind haben zu können. Stellen wir stattdessen den Schutz des Lebens wieder vermehrt ins Zentrum unseres Tuns! Dass in der Schweiz jedes Jahr mindestens 10'000 Kinder durch Abtreibung getötet werden (seit der Legalisierung 2002 über 200'000!), ist eine Tragödie. Abtreibung ist wieder unter Strafe zu stellen – bei gleichzeitiger sozialer, finanzieller, psychologischer und seelsorgerlicher Staatshilfe für werdende Mütter in Not.

Zukunft statt Woke-Unkultur und Gender-Ideologie!

Die EDU beobachtet mit Sorge, dass im Zuge der «Wokeness» und «Cancel Culture» zunehmend an den gesellschaftlichen Rand gedrängt oder mundtot gemacht wird, wer konservativ oder christlich geprägte Positionen vertritt – egal ob in Humor, Politik oder in den Medien. Wokeness, Politische Korrektheit oder Cancel Culture sind nicht die Lösung zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten, sondern führen zu einer Spaltung der Gesellschaft, in welcher Andersdenkende ausgegrenzt werden. Wir kämpfen dafür, dass die Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit vor diesem «Tugend-Terror» geschützt werden!

Es ist zum Beispiel eine legitime Haltung, öffentlich zu äussern, dass die Menschheit zwei Geschlechter kennt (Mann und Frau) – obwohl der abstruse «Woke-Zeitgeist» diese Wahrheit verneint. Aus Sicht der EDU ist die Gender-Ideologie eine direkte «Kriegserklärung» an die biblische Ordnung von Ehe und Familie sowie die Selbstannahme als Mann oder Frau. Die EDU erachtet das Konzept der «Gender-Fluidität», wonach das Geschlecht eines Menschen nicht von biologischen Faktoren abhängig sei und laufend gewechselt werden könne, als fragwürdiges Ideologie-Konstrukt. Unsere Schulen sind von der zersetzenden Ideologie des Kulturmarxismus zu schützen.

Frei und unabhängig

Die Schweiz ist deshalb so erfolgreich geworden, weil wir ein freies, unabhängiges und selbstbestimmtes Land sind. Wir sind stolz auf unsere humanitäre Tradition! Bürgernahe Strukturen, Föderalismus und Subsidiarität sind die Erfolgsfaktoren, zu denen wir Sorge tragen müssen. Die Schweiz ist ein weltoffenes Land, das mit anderen Staaten Handel treibt und partnerschaftlich zusammenarbeitet. Wir helfen dort, wo Not vorherrscht – die Schweiz soll ihre Interessen gegenüber internationalem Druck aber selbstbewusster verteidigen.

Die EDU sagt Nein zum EU-Beitritt und einer institutionellen Anbindung an die EU, welche die Schweiz ihrer Souveränität beraubt. Wir stehen für eine glaubwürdige, immerwährende und bewaffnete Neutralität – mit einer starken, ernstfalltauglichen Armee, die sich auf ihren Kernauftrag besinnt und auf Auslandeinsätze und NATO-Anbindung verzichtet. Es widerspricht der «DNA der Schweiz», im UNO-Sicherheitsrat «mitmischen» zu wollen. Die EDU setzt sich dafür ein, dass die Schweiz keine internationalen Abkommen wie den UNO-Migrationspakt und den WHO-Pandemievertrag unterzeichnet – denn sie schränken die Souveränität unseres Landes massiv ein.

Gemeinsam vorwärtskommen – für flüssigen Verkehr

Die EDU steht für einen bedarfsgerechten, aber finanzierbaren öffentlichen Verkehr (ÖV) – auch in Randgebieten. Wir stehen für eine Verkehrspolitik, welche den Ausbau des öffentlichen Verkehrs fördert, aber diesen nicht gegen den motorisierten Individualverkehr (MIV) ausspielt. Sowohl die Bahn- als auch die Strasseninfrastruktur leiden unter immer stärkerer Belastung – hauptsächlich bedingt durch die anhaltend hohe Zuwanderung. Weil nicht zuletzt die Wirtschaft darauf angewiesen ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne grosse Zeitverluste von A nach B gelangen, muss die Verkehrsinfrastruktur ganzheitlich ausgebaut werden. Effiziente Mobilitätsformen wie Ride-Sharing dürfen politisch nicht länger verhindert werden.

Eine weise Verkehrspolitik nimmt Rücksicht auf den Umstand, dass Menschen abseits der grossen Ballungsräume auf das Auto angewiesen bleiben. Es ist deshalb unsozial, die Autofahrer durch immer höhere CO₂- und Sprit-Abgaben zu belasten – sind die Leidtragenden doch vor allem die auf dem Land lebenden Geringverdiener, die ohne Auto nicht pünktlich zur Arbeit kommen. Die EDU begrüsst den Bau neuer Fahrradwege und innovative Verkehrskonzepte, die das Wohl der Gesamtbevölkerung im Fokus haben. Die bereits sehr hohen Erträge der Motorfahrzeugsteuer sollen dabei primär für den Bau und Unterhalt der Strassen verwendet werden.

Ja zum Umweltschutz – bei bezahlbarer Energie und Versorgungssicherheit

Die EDU steht dafür ein, dass der Mensch seine schöpferische Ader zum Wohle der Welt entfalten kann – für einen nachhaltigen sowie schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Umweltschutz ist Heimatschutz – für die EDU ein Herzensanliegen. Gefragt sind dabei aber nicht Hysterie und Panikmache, sondern faktenorientierte, nachhaltige Massnahmen. Eine ideologische, ausschliesslich auf die Reduktion des CO₂-Ausstosses fixierte Klimapolitik schiesst am Ziel vorbei – schliesslich tragen die Inlandsemissionen der Schweiz weniger als 0,1 Prozent zum globalen CO₂-Ausstoss bei.

Um ein Gleichgewicht aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit im Energiesektor aufrecht zu erhalten, spricht sich die EDU für ein breit diversifiziertes Energie-Portfolio aus – mit Solar- und Windenergie, aber auch mit innovativen Energienutzungsformen wie Seethermie oder Tiefengeothermie. An Technologieverböten festzuhalten, ist angesichts des absehbar weiter ansteigenden Strombedarfs der Schweiz unverantwortlich. Die Tatsache, dass in den letzten Jahren bei neuen Reaktortypen der CO₂-armen Kernenergie bedeutende Sicherheits- und Effizienz-Fortschritte erzielt worden sind, erfordert eine Abkehr von der Energiestrategie 2050 – damit wir nicht «abgehängt» werden.

Gesellschaft wieder zusammenführen – Corona-Massnahmen aufarbeiten

Die staatlichen Covid-Massnahmen haben tiefe Verwerfungen, viel Leid und massive Spannungen in der Bevölkerung verursacht. Im Bestreben, die dadurch entstandene Spaltung der Gesellschaft zu überwinden, fordert die EDU die Einsetzung einer unabhängigen Expertengruppe, welche sämtliche staatlichen Entscheide und Massnahmen während der Covid-19-Pandemie lückenlos aufarbeitet. Insbesondere die Lockdown-Einschränkungen, die Zertifikatspflicht, die Folgen der mRNA-«Impfungen» und die Gründe der zugenommenen Übersterblichkeit und Geburtenrückgänge sind aufzuarbeiten.

Die EDU hat sich zu den staatlichen Massnahmen klar positioniert: Für die 100-prozentige Freiwilligkeit bei der Covid-Impfung (Nein zum Impfblogatorium), gegen das diskriminierende Covid-Zertifikat, das Ungeimpfte von Teilen des gesellschaftlichen Lebens ausschliesst, gegen das Covid-19-Gesetz und gegen den überhandnehmenden Missbrauch von Notrecht. Wir plädieren für eine Rückkehr zur Normalität – und die Stärkung des Rechtsstaates.

Kaufkraft erhalten – damit uns allen mehr zum Leben bleibt!

Explodierende Gesundheitskosten, Inflation (Geldentwertung), gestiegene Energiepreise und immer mehr Steuern, Gebühren und Abgaben gefährden die Kaufkraft der Schweizerinnen und Schweizer. Besonders Familien, Geringverdiener und Rentnerinnen und Rentner leiden darunter, dass man sich für den Franken immer weniger kaufen kann. Die Heilsversprechen des Sozialismus sind allerdings keine Lösung für diese Probleme – sondern viel eher deren Ursprung.

Statt nach dem – schon heute viel zu viele Lebensbereiche regulierenden – Staat zu rufen, brauchen wir in all diesen Bereichen eine Trennung des Machbaren vom Wünschbaren: Eine stabile Währung, eine Überarbeitung des Leistungskatalogs in der KVG-Grundversicherung und eine Abkehr von der Energiestrategie 2050. Die Bundesverwaltung und die Sozialindustrie sind zu entschlacken – damit die

Steuerlast der arbeitenden Bevölkerung nicht noch weiter ansteigt und den Leistungsträgern unserer Gesellschaft nicht die Luft zum Atmen zugeschnürt wird.

Ja zu Israel

Gute Beziehungen zum Volk und Land Israel, dem Träger biblischer Verheissungen, sind von Gott gesegnet. Deshalb soll die Schweiz sämtliche Aktivitäten, welche die Sicherheitsinteressen des Staates Israel stärken, aktiv unterstützen. Die EDU steht bedingungslos zum Staat Israel und unterstützt diesen nach Kräften, da sie ihn als Verwirklichung biblischer Prophetie betrachtet.

Die EDU anerkennt das Existenzrecht des israelischen Staates und Volkes an seinem heutigen und historischen Standort. Ebenso anerkennt die EDU das Selbstverteidigungsrecht des Staates Israel sowie die Pflicht der israelischen Regierung, ihre jüdische und nicht-jüdische Bevölkerung gegen Terrorangriffe und militärische Bedrohungen zu schützen. Die EDU befürwortet die Anerkennung Jerusalems als unteilbare Hauptstadt Israels und die Verlegung der Schweizer Botschaft nach Jerusalem gemäss internationaler Usanz.